

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1930

179 (16.4.1930) Morgenausgabe

Preis: drei Mark monatlich 3.20 M., vierteljährlich 9.00 M., halbjährlich 17.00 M., jährlich 32.00 M. ...

Badische Presse

und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 16. April 1930.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Ziegler ...

Aufstieg bei Regen und Wind: Zur Spanienfahrt gestartet.

Aufenthalt und Passagierwechsel in Sevilla / Rückkehr am Gründonnerstag.

J. M. Friedrichshafen, 15. April. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Nachdem sich die Wetterlage heute bedeutend gebessert hatte, entschlöß sich die Leitung des Luftschiffbaues ...

Neuer Kammerstief Tardieu.

II. Paris, 15. April. Die Kammer lehnte in ihren Beratungen am Dienstag einen radikalsozialistischen Wenderungsantrag ...

Die Saarverhandlungen sollen beschleunigt werden.

II. Paris, 15. April. Die in Paris weilende deutsche Saarabordnung gibt folgende Verlautbarung heraus: Die Vorsitzenden der französischen und deutschen Saarabordnungen, Minister Fernot und Staatssekretär von Simon, haben in den letzten Tagen mehrere Besprechungen gehabt ...

Das Märchen von der Filmexpedition.

Weitere Zeugenaussagen im „Falke“-Prozess. II. Hamburg, 15. April. Im „Falke“-Prozess erklärte Dienstag der Zeuge Hoffmeister, er sei eines Tages von einem Kriminaloberwachmeister angerufen worden, der ihn fragte, ob er einen Waffenmeister kenne ...

Sevilla erwartet das Luftschiff.

II. Madrid, 15. April. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse.“) Am Empfang des „Graf Zeppelin“ in Sevilla begeben sich mehrere Passagiergeschwader von Madrid dorthin, ebenso werden Vertreter der ...

„Graf Zeppelin“ über Dijon.

II. Friedrichshafen, 15. April. Die Funkstelle des Luftschiffbaues erhielt von Bord des Luftschiffes folgende Standortmeldung: 18 Uhr Dijon — Kurs auf Bordeaux — Wetter langsam aufklärend.

Das Flugprogramm des „Do X“.

II. Friedrichshafen, 15. April. Die Meldungen ausländischer Blätter, insbesondere der amerikanischen Presse, über noch in diesem Jahre durchzuführende Ozeanflugpläne mit dem Flugboot Do X ...

Ein kroatischer Appell an den Völkerbund.

II. Genf, 15. April. Der kroatische Abgeordnete Dr. Kirinčić hat heute im Sekretariat des Völkerbundes einen Appell an den kroatischen Nationalparlament ...

Der Schlusssatz.

* Berlin, 15. April. (Funkpruch.) Der Reichspräsident hat am Dienstag nachmittag die vom Reichstag verabschiedeten Steuer- und Agrar-Gesetze durch seine Unterschrift vollzogen.

Kurze Sitzung des Reichsrates.

* Berlin, 15. April. (Funkpruch.) Der Reichsrat nahm in seiner Sitzung am Dienstag, die vom Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer geleitet wurde, die am Montag vom Reichstag beschlossenen Gesetze der Zolländerungen und die Steuergesetze an, ohne Einspruch zu erheben.

Die Termine.

* Berlin, 15. April. (Funkpruch.) Das Inkrafttreten der neuen Steuer- und Agrargesetze, die am Montag vom Reichstag angenommen wurden, ist nicht einheitlich auf einen bestimmten Tag abgestellt, sondern in den einzelnen Gesetzen ganz verschieden festgelegt.

Die neuen Bierpreise.

m. Berlin, 15. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Inkrafttreten des Biersteuergesetzes auf den 1. Mai veranlaßt die Vertreter des Deutschen Brauerverbandes, schon Mitte der Woche in Berlin sich über die erforderlichen Preisausschläge schlüssig zu werden.

Der Reichspräsident hat unterzeichnet:

Das Inkrafttreten der neuen Steuern.

Bei der Besteuerung wurde von Nieder-Sachsen Einspruch erhoben gegen die Steuererhöhung beantragt. Der Antrag fand aber keine weitere Unterstützung.

Brüning bei Hindenburg.

* Berlin, 15. April. (Funkpruch.) Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichszugler Dr. Brüning zum Vortrag.

Annahme des badischen Finanzetats.

Eine Abendigung des Landtags. — Berichtserstattung über das Finanzgesetz. Der Finanzminister spricht.

15. April. Der Landtag hat in den Fröhabendstunden des Dienstag den Voranschlag des Finanzministeriums mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Die übrigen Parteien lehnten den Voranschlag ab, während die zwei Vertreter des bürgerlichen Volksdienstes, die in der Einzelabstimmung meist die Oppositionsparteien unterstützten, sich der Stimme enthielten. An dem Landtag hierbei auch die Streichungsanträge der Regierungsparteien. Die Regierung hat diese ebenso wie die Abträge von dem Voranschlag abgelehnt, indem sie noch vor der Abstimmung dem Landtag eine gedruckte Aufstellung über die Mehr- bzw. Wenigerausgaben und Ausgaben zugehen ließ, wie sie sich bei der Ausführung des Voranschlags im Staatsvoranschlag 1930/31 ergeben würde. Als Gesamtergebnis kann festgestellt werden, daß der ordentliche Haushalt infolge Wenigerausgaben um 3.193.840 M. und die Kredittitel um 149.000 M. günstiger fallen, während der außerordentliche Haushalt mit 251.000 M. Wenigererträgen an der Veranschlagung nach der ungünstigen Seite hin erfährt. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan ergibt sich somit eine Vergrößerung um 3.091.840 M. für 2 Jahre, so daß sich der Zehnjahresetat von 2.445.590 M. auf 5.353.750 M. vermindert. Diese Verringerung des Defizits im badischen Staatshaushalt kann man begründen müssen, wenn es sicherlich auch dienlicher gewesen wäre, den hier zum Ausdruck kommenden Sparwille bereits bei der Etatsaufstellung walten zu lassen. Diesen unbedingt notwendigen Abstrichen sind auch Anforderungen zum Opfer gefallen, die man bedenken muß, zumal bei Polizei und Schulwesen. Bei der Polizei machen diese Wenigerausgaben insgesamt 162.800 M., bei den Schulen 125.000 M., Schulen 48.500 M. und bei Wissenschaften und Künsten 22.000 M. aus.

Teil der schwebenden Schuld konvertieren und in langfristige Schulden umzuwandeln zu können. Die Aufgabe, einen ausbalancierten Etat vorzulegen, scheint mir im allgemeinen gelungen zu sein, denn ich davon ausgehe, daß wir von einem Defizit von 60 Millionen auf 40 Millionen herunterkommen und einen errechneten Gehaltbetrag von 3,3 Millionen für zwei Jahre haben.

Der Finanzminister untersuchte dann die Ursachen der Finanznot und verwies dabei besonders auf den Rückgang der Konjunktur in Baden und die Krisen in der Holz-, Textil- und Maschinenindustrie, sowie den ungerechten Verteilungsschlüssel bei der Reichsteuerüberweisung. Außerdem erwähnte er den mangelnden Betriebsfonds und die großen Anleiheaufnahmen, so daß

Baden heute eine Schuld von insgesamt 115 Millionen M. hat. Der Finanzminister erklärte, in früheren Jahren hätten die einzelnen Ressorts reichliche Kreditüberschreitungen begab; eine der Ursachen hierfür seien allzu starke Kürzungen im Budget gewesen. Infolge der Kreditüberschreitungen sei die schwebende Schuld auf 40 Millionen angewachsen. Viele Budgetausgaben seien zwangsläufig und könnten nicht reduziert werden. Auch die Städte, die weitere Streichungsanträge gemacht hätten, würden sich davon überzeugen, daß dies unmöglich sei. Er bittete den Landtag, daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten, müßte aber solche Zumutungen im Interesse der

Staatsautorität mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die Vorschläge der Städte zeichnen sich nicht durch Gründlichkeit aus. Bei der Deutung bereite die Reichsregierung große Schwierigkeiten und Hindernisse. So sei es leider nicht möglich gewesen, ein Notopfer einzuführen. Dazu kämen die Verspätungen der Bewilligung in Berlin.

Ohne Hilfe des Reiches sei es zur Zeit nicht möglich, eine Steuerentlastung vorzunehmen.

Bei der Sanierung der Finanzen müsse möglichst ein Zusammenhang zwischen der Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaft hergestellt werden. Die Reihenfolge der Maßnahmen, die der Staat durchzuführen habe, sei:

Sanierung der Kasse, Gleichgewicht des Staatshaushalts, Tilgung der schwebenden Schulden und Steuerentlastung.

Der Finanzminister untersuchte dann die Gründe, weswegen der Ausgleich im Budget notwendig sei, wobei er unter anderem die Feststellung machte, daß Baden jährlich 7—8 Millionen Zinsen für Schulden zu zahlen habe, wobei die Tilgungsquoten noch nicht eingerechnet seien. Aus diesem Grunde sei es auch unmöglich, neue Anleihen aufzunehmen. Des weiteren sagte er sich mit den Vorschlägen der Städtevertreter auseinander, um dann auf den geschlossenen Geist innerhalb des Staatsministeriums zu sprechen zu kommen. Hierbei erwähnte er besonders das Amt des Staatsrats, das für das Staatsministerium notwendig sei.

Im einzelnen ging Finanzminister Dr. Schmitt auf die verschiedenen Steuern ein und befürwortete u. a. den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge der Beamten in Mannheim und Kehl schon aus dem Grunde, weil die Staatsarbeiter keine derartigen Zuschläge hätten. Er schloß mit einer Aufforderung an das Haus zum Kampfe gegen die Schuldenwirtschaft und für den Ausgleich im Staatshaushalt.

Am 8 Uhr 25 vertagte sich das Haus auf Mittwoch vormittag 9 Uhr 30.

Forderungen der badischen Lehrer.

Erster Tag der Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins. — Erörterung von Landesfragen gegen die parteipolitische Stellenbesetzung.

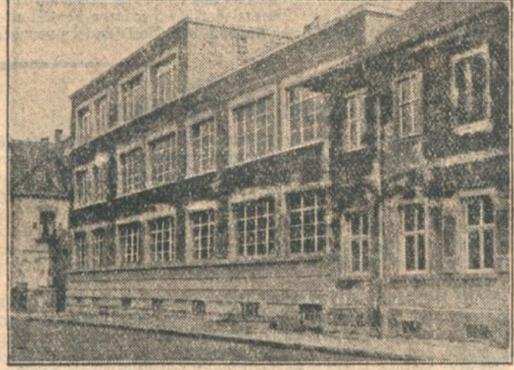
Die neue Oberrealschule in Kehl.

1. Kehl, 15. April. Die in den Jahren 1896/97 erbaute Oberrealschule wurde in den letzten Monaten zum zweitenmale erweitert. Die erste Erweiterung erfolgte 1906/07, wo lediglich ein weiteres Stockwerk aufgesetzt und der Dachstuhl ausgebaut worden war. Die steigende Schülerzahl der Nachkriegszeit erforderte eine nochmalige Vergrößerung, die nunmehr der Vollendung entgegengeht.

Architekt Kähler-Kehl, der den Plan entworfen hatte und mit der Bauleitung betraut worden war, wurde vor seine letzte Aufgabe gestellt, galt es doch heute nicht mehr, einfach ein weiteres Stockwerk aufzusetzen, sondern einen die alte Gewerbeschule und die Oberrealschule verbindenden Bau herzustellen und diesen dem bodentypischen Reichertstypus der alten Realschule und den etwas einfacher gehaltenen Formen der flankierenden Bauten — ehemalige Volksschule und alte Gewerbeschule — anzupassen. Unser Bild zeigt die alte Volksschule, die bereits vor Jahren als Gewerbeschule umgewandelt worden war und sich auch als solche als zu klein erwiesen hatte, im Vordergrund. Dahinter befindet sich der Seitenflügel des Erweiterungsbauwerks. Zweifellos hat der Architekt die ihm gestellte Aufgabe mit viel Geschick gelöst. Ein gleicher Verpusch soll den einheitlichen Eindruck noch geben; das gleiche Zweckes wegen werden alle Ornamente an den Fensteransätzen und Säulen des alten Baues entfernt werden.

+ Bad Freyersbach, 14. April. Am Montag wurde im Lehrheim zu Bad Freyersbach die diesjährige Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins eröffnet. Die Tagung ist sehr stark aus allen Teilen des Landes besucht. Vertreter haben entsandt: der Deutsche Lehrerverein, der Hessische und der Bayerische Lehrerverein. Anwesend war auch der jetzt aus dem Amte scheidende Ministerialrat Herz, dem, als dem Badischen Lehrerverein besonders nahestehend, Obmann Hofheinz, herzliche Dankesworte für seine langjährige und erprießliche Tätigkeit widmete.

Das erste große Referat über



„Die Schule und standespolitische Fragen“ hielt Obmann und Landtagsabg. Hofheinz mit dem Hinweis darauf, daß die standespolitischen Auseinandersetzungen im vergangenen Jahre wie heute von starker Aktivität sind. Hierzu gehörten die Auseinandersetzungen über die Stellung von Staat und Kirche, über die Lehrerbildung, über Volksschule und über Beamtenrecht. Die badische Regierungserklärung vom Winter 1929 brachte Kontrasthinweise. Daß friedliche Verhältnisse zwischen Kirche und Staat wünschenswert sind, kann von jedermann gewünscht werden, daß aber in Baden für ein Kontrastbedingende Notwendigkeiten bestünden, ist nicht zu behaupten. Der Redner ging dann auf verschiedene aktuelle Fragen ein, darunter auf das Dotationsgesetz, auf die badische Lehrerbildungsanstalten, auf die Simultanschule und verwies auf die wenig freundliche Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber dem Berufsbeamtentum. Auch im Badischen Landtag sei ein Antrag, von drei Landtagsabgeordneten unterzeichnet, eingegangen, in dem Gehaltskürzungen gewünscht werden. Die von der badischen Regierung beabsichtigte Einschränkung des Dienstalters werde sich für das Schulwesen besonders gefährlich auswirken. Immer noch bestehe die Hoffnung, daß diese unsoziale Maßnahme nicht zu Tatfache werde. Die Änderung des Schulauswahlgesezes sei die zweite große Gefahr, die der Schule drohe. Die von der Regierung ausgegebene Parole von einem Abbau der Volksschule verhärtete die Gegenläufe. Auf weitere aktuelle Fragen eingehend, bedauerte der Redner, daß der Schulausbau auf Grund der Forderungen des Badischen Lehrervereins an der Finanzlage des badischen Staates scheiterte. Die starke

Verteidigung der badischen Simultanschule bleibe nach wie vor auf dem badischen Lehrerverein lasten. Seine nahezu zweistündigen Ausführungen schloß der Redner mit dem Hinweis, daß auch im neuen Vereinsjahr die Hauptaufgabe des Badischen Lehrervereins der Dienst am deutschen Volke und Dienst an der deutschen Jugend sei.

Es schloß sich eine sehr ausgedehnte Aussprache an. Hier nach wurde eine Reihe von Leitfragen zum Teil mit Ergänzungsanträgen einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen. Einer der Leitfragen befaßt sich mit der Lehrerbildung und bringt zum Ausdruck, daß der Badische Lehrerverein nach wie vor an der Forderung festhalte, daß die erziehungswissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer wie der anderen Lehrerguppen an den Hochschulen erfolgen müsse. Ein weiterer Leitfrage hat die Sparmaßnahmen zum Gegenstand und weist auf die großen Nachteile hin, die durch die von der Regierung beabsichtigten Sparmaßnahmen entstehen. Zum Beamtenrecht spricht der Badische Lehrerverein seine Meinung dahin aus, daß das allgemeine Beamtenrecht auf einheitlicher, reichsrechtlicher Grundlage unter Wahrung des Berufsbeamtentums zu verabschieden ist. Zur Stellenbesetzung gab die Vertreterversammlung der Meinung dahin Ausdruck, daß immer mehr partei- und konfessionspolitische Einflüsse die Stellenbesetzung maßgebend beeinflussen. Dadurch sei eine starke Benachteiligung in die Beamten- und Lehrertreise hineingetragen worden. Der Lehrerverein fühlt sich verpflichtet, das Unterrichtsministerium auf die ernste Gefahr nachdrücklich aufmerksam zu machen. Was den Schuljahresbeginn anbelangt, so sprach sich die Vertreterversammlung dahin aus, daß nach wie vor der Schuljahresbeginn für alle öffentlichen Schulen im ganzen Reich einheitlich festzusetzen und dabei der Frühjahrsbeginn beizubehalten ist. Schließlich wurde noch zu der Frage einer neuen Schrift dahingehend Stellung genommen, daß eine einheitliche Lösung für das ganze Reichsgebiet anzustreben ist. Die Einführung einer neuen Schrift sollte endgültig auf Ostern 1932 erfolgen.

ek. Schülbrunn, 14. April. (Von der Schule.) Schulverwalter Roe, der sich trotz seines kurzen hiesigen Aufenthaltes viele Sympathien erworben hat, wurde zum Hauptlehrer in Rheinhauen ernannt. Wie verlautet, sollen sich um die hiesige Hauptlehrerstelle 41 Lehrer bemühen haben.

Im Zusammenhange mit dem Voranschlag stand auch ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Änderung des Besoldungsgesezes zur Abstimmung. Der Antrag bezweckte die Kürzung der Grundgehälter der Besoldungsordnung A um 2 bis 5 P. Kürzung des Aufwendungsgeldes der Minister um 20 v. H., entsprechende Kürzung der Ruhestandsbezüge und der Gehälter der Beamten mit freier Gehaltsfestsetzung. Der Begründung des Antragstellers schloß sich eigentümlich nur der Evangelische Volksverein mit einer schriftlichen Erklärung an, der dann auch den Anträgen zusammen mit den Nationalsozialisten unterstützte. Erwähnt wird, daß die Regierung erklären ließ, daß am 1. Mai d. J. die Bahn von der Reichsbahndirektion verwaltete Hafenbahn in Kehl in den Betrieb des Staates übergeht und die Hafenbahn in Kehl nach der durch die Franzosen erfolgten Räumung, nach der letzten Abendstunde und einer viertelstündlichen Unterbrechung der Sitzung erstattete dann der Berichterstatter des Hauswirtschaftsausschusses einen ausführlichen Bericht über den restlichen Teil des Voranschlags des Finanzministeriums unter besonderer Berücksichtigung der Steuern und des Lastenausgleiches. Es war bereits als Finanzminister Dr. Schmitt zu etwa einstündigen Ausführungen das Wort erteilt, in denen er Erörterungen zu seiner Budgetpolitik bei Einbringung des Staatsvoranschlags gab und eingehend die finanzielle Lage des Landes schilderte.

Sitzungsbericht.

Präsident Duffner eröffnete die Nachmittags-sitzung um 3.45 Uhr. In Beginn wurde die Protestresolution des Bürgerausschusses Bruchsal gegen die außerordentliche Besetzung durch das Finanzgesetz verlesen. Dann folgte die Einzelberatung des Finanzetats und Abstimmung

des einzelnen Kapitels. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, die Regierung sei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß zum Bau der Elzalbahn vom Elzthal nach Hausach Mittel aus dem Grenzland- und Westhilfsfond in den Reichshaushalt einbezogen werden. Eine Reihe von Gesuchen fand Erledigung durch die Zustimmung an die Regierung zur Kenntnisnahme oder Überweisung zur Tagesordnung.

Nach einer kurzen Debatte über den Antrag der Wirtschaftspartei über Änderung des Besoldungsgesezes wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. Der Nationalsozialistische Antrag auf Festsetzung der Gehälter der Beamten auf 18 000 M. wurde gleichfalls mit Mehrheit abgelehnt und darauf der Voranschlag des Finanzministeriums (ohne Steuern) einschließlich der Vermögensgegenstände des Finanzministeriums mit den Stimmen der Wirtschaftsparteien gegen alle übrigen bei zwei Enthaltungen (N. S. D. und Volksdienst) angenommen.

Um 6.50 Uhr trat eine viertelstündige Pause ein, um dem Besoldungsausschuss Gelegenheit zur Besprechung des Arbeitsvertrages zu geben.

Um 6.21 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Das Tagesprogramm über die Beratung des Finanzetats und des Gesetzes über die Änderung des Staatsvoranschlags und des Gesetzes für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 ein.

Rüders (Soz.) erstattete einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuss. Dieser beantragt, der Haushaltsausschuss für die Rechnungsjahre 1930 und 1931 keine Zustimmung zu erteilen, von der Frist des § 49 für die zweite Beratung absehen und die Einziehung zustimmen: „Der Landtag spricht sich unumwunden über die Finanzetats mit Rücksicht auf den unumwundenen Abbruch des Finanzetats bei dem ihm zu genehmigenden Besoldungsgesezes einen Antrag zu Mehr auszusprechen und insbesondere die Genehmigung zu Mehr auszusprechen — auch bei sogenanntem Zwangsläufigen — nur erteilt, wenn er die Deckung als unbedingt sicher ansieht. Mehrere Anträge sollen als Deckungsausgleich für Mehr ausgaben in der nächsten Zusammenkunft mit der Mehr ausgabe stehen. Nach Genehmigung zu Ausgabeüberschreitungen soll der Finanzetat nicht geben.“

Finanzminister Dr. Schmitt

Die eingehenden Ausführungen des Wort, in denen er u. a. erklärte: „In der kurzen Zeit hat ein Finanzminister eine dreifache Aufgabe: 1. Der gesetzgebenden Körperschaft einen Voranschlag vorlegen, der in etwa balanciert; 2. einen Vorschlag zur Tilgung der schwebenden Schuld zu unterbreiten und 3. die Steuerentlastung möglichst und womöglich durchzuführen. Diese dreifache Aufgabe gleichzeitig zu erfüllen, wird zurzeit einem Finanzminister nicht möglich sein. Es ist unmöglich, zurzeit Vorschläge über eine Tilgung der Schuld zu machen. Hinsichtlich der Tilgung der schwebenden Schuld ist es uns in Baden nicht möglich, positive Vorschläge zu machen, sondern wir müssen froh sein, einen

Gegen Röte der Hände

matte Creme wundervoll kühlend wirkt bei Juckreiz der Haut und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauch von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Creme Leodor; Tube 60 Pl., große Tube 1 Mk. — Leodor-Edel-Seife Stück 50 Pl. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

und des Gesichts, Aufspringen der Haut, unschöne Hautfarbe und Teintfehler verwendet man am besten die schneeweiße, fettreiche, glyzerinhaltige Creme Leodor, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame so sehr erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unsichtbare Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauch von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Creme Leodor; Tube 60 Pl., große Tube 1 Mk. — Leodor-Edel-Seife Stück 50 Pl. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

